

Die Schweiz im Jahre 1932 [consludion]

Autor(en): **N.Z.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **The Swiss observer : the journal of the Federation of Swiss Societies in the UK**

Band (Jahr): - **(1933)**

Heft 586

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-687133>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE SCHWEIZ IM JAHRE 1932.

(CONTINUED).

Doch zurück zur Finanzlage von Bund und Kantonen. Nach dem Beispiele Bundesrat Musy's werden allenthalben Sparmassnahmen angeordnet. Aber auch sein nicht sehr glückliches Vorgehen in der

Lohnfrage

macht Schule. Nach Beschluss der Bundesversammlung winkt dem Bundespersonal ein siebenundhalb-prozentiger Lohnabbau ab Mitte 1933, sofern das Volk nicht Gegenteiliges bestimmt! Auch in vielen Kantonen besteht das Bestreben, die Löhne der öffentlichen Funktionäre bis zu 10 Prozent zu beschneiden. Doch allenthalben stossen diese Lohnabbaupläne auf Widerstand, der nicht nur von den direkt Betroffenen ausgeht, sondern oft bis weit nach rechts reicht, in die Kreise von Handel & Gewerbe, ja bis in die Landwirtschaft. Denn man sagt sich mit Recht, dass ein minder besoldetes Staatspersonal auch ein minder Käufer sein wird. Das Referendum gegen die Lohnherabsetzung im Bunde ist bereits ergriffen. Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz hat ihre Stellung in der Lohnfrage seinerzeit an dem grossen Parteitag Ende Mai in Basel dahin präzisiert, dass sie sich mit einem solchen nur als *ultima ratio* einverstanden erklären kann und auch dann nur, wenn die Höhe des Reallohnes gewahrt bleiben wird. Im allgemeinen ist zu sagen, dass man das ganze Problem fälschlicherweise von rückwärts zu lösen versucht hat. Zuerst ein Gesamt-Finanzplan! Als dessen Schlussforderung hätte dann allenfalls der Lohnabbau genannt werden können! Diesen aber an die Spitze aller Sanierungsforderungen zu stellen, scheint uns nach wie vor unbillig, sei es nun im Bund oder in den Kantonen. Und dies umso mehr, als heute die Teuerung durch all die bundesrätlichen Schutzmassnahmen kaum mehr abnimmt. Die Mietpreise sind in *summa* eher noch gestiegen, wie die Indexberechnungen für einzelne Städte zeigen. Dem sinkenden Hypothekenzinssuss sind die Hauszinsse eben nur in sehr geringem Ausmasse erfolgt. Ueberhaupt hatte das bundesrätliche Kreisschreiben, welches die kantonalen Hypothekarinststitute zu einem Sinken der Zinssätze bewegen wollte, nur beschränkten Erfolg. Gleich geblieben sind die Auflagen der öffentlichen Hand, die Taxen der öffentlichen Werke, die Tarife der Post und der übrigen Verkehrsanstalten. Die Steuern haben auch nicht abgenommen, wie oben schon gezeigt wurde. Und Bestrebungen zur Herabsetzung der Tarife und Taxen scheitern meist an der schlechten Finanzlage von Bund und Kantonen, denen ja die öffentlichen Werke tributpflichtig sind, oder an der Finanzmisère der Verkehrsanstalten selbst.

Die grosse Wirtschaftskonferenz

Mitte November in Bern wusste in diesen Dingen auch keinen Ausweg, so wenig wie die Professorenkonferenz einige Wochen vorher. Man erlebte bei der Wirtschaftskonferenz nur das wenig erhebende Schauspiel einer Vereinigung von Interessenvertretern, die ihre "Belange" mit schonungsloser Offenheit vertraten. Man bekam so wenig Freude am Plane eines eidgenössischen Wirtschaftsrates. Den gleichen Eindruck musste man schon von den Vorbesprechungen der vier Preis-Kommissionen mitnehmen.

Zugespitze politische Lage.

Dass unter all den geschilderten Umständen die politische Lage eine allmähliche Zuspitzung erfährt, ist weiter nicht verwunderlich. Verwunderlich war nur, dass man sich über die Explosionen so sehr erstaunt zeigte. Wenn auch der sozialdemokratische Vormarsch in den Kantonen, wie an dieser Stelle schon gezeigt wurde, kein einheitlicher war und dem Mandatgewinnen in den einen Rückschläge in den andern gegenüberstanden, so ist doch da und dort in kommunalen Wahlen ein deutliches Vorrücken der Sozialdemokratie festzustellen. Die Kommunisten dagegen sind immer noch im Rückmarsch begriffen. Ihnen brachte die Ungunst der Zeit keinen Gewinn, und es ist mit Hautbitzen auf Spatzen geschossen, wenn der Bundesrat anordnete, dass alle in der kommunistischen Partei Organisierten den Bundesdienst zu verlassen hätten. Die innere Unfreiheit und die

schonungslose Abhängigkeit der Partei vom Geldgeber in Moskau ist doch zu stark zur Geltung gekommen, als dass sie in der schweizerischen Politik noch irgend eine Rolle als höchstens die von Ruhestörern spielen könnte. Die "Proletarische Selbstkritik" wird der Partei noch den letzten Rest geben. Auch die Wahl des "rechts abgewichenen" Kommunisten Bringolf zum Schaffhauser Stadtpräsidenten ist wohl von gewisser symptomatischer Bedeutung, aber ganz ungefährlich. Denn ihm steht im Stadtrat eine bürgerliche Mehrheit zur Seite und so ist die Rolle des ehemaligen Soldatenbündlers nicht eben beneidenswert. Schlimmer sind

die Explosionen.

die mit Tumulten verbunden waren, sich aber kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Wir schweigen hier von dem Räuberlied der Basler "Jungarbeiter" mit ein paar Polizei-sidecars. Und nennen einmal den Zürcher Kasernenkrawall vom 23. Januar, für den als Verantwortliche die Kommunisten zeichnen und vier Verletzte kostete. Am 21 April wurden bei einem andern Krawall in Zürich vier Polizeimänner verletzt. Schlimm ging es dann am 15. Juni im Zürcher Stadtkreis Aussersihl zu, wo in Strassenkämpfen mit kommunistischen Horden ein Mann getötet und 21 Personen verletzt wurden. Die Freiburger Krawalle vom 8. Oktober sind heute noch nicht restlos geklärt. Ihre Auswirkungen bestanden in drakonischen Strafen für die Mitwirkenden und Amtsenthebungen für einige hohe Beamte. Wieweit der Rückzug des katholisch-konservativen Führers Perrier ins Benediktinerkloster mit diesen Ereignissen in näheren oder entfernteren Zusammenhang zu bringen ist, wird wohl nie ganz abgeklärt werden. Den Höhepunkt erreichten diese Tumulte aber in jener Genfer Blutnacht vom 9. November, die das Militär zum Eingreifen zwang und 13 Menschen das Leben kostete, ausserdem aber eine grosse Zahl von Verwundeten forderte. Die Rolle des Genfer Linksozialdemokraten Nicole bei dieser von Kommunisten, Anarchisten und Sozialdemokraten in holder Eintracht veranstalteten Revolte wird wohl erst das Gericht restlos abklären. Gewiss ist, dass Pfeffer und Knüttel mit von der Partei waren, und dass diese Ereignisse in Genf und in bescheidenem Rahmen auch in Lausanne, an denen die Hand Moskaus sicher nicht ganz unbeteiligt ist, auf der einen Seite zu einer Radikalisierung der Sprech und Schreibweise der sozialdemokratischen Berufspolitiker und Redaktoren, und auf der andern zu einem wenige Tage vorher noch für unmöglich gehaltenen

Zusammenschluss des Bürgertums

führte. Diese Radikalisierung hat zwar noch nicht auf die Gewerkschaften übergegriffen, und es hält vorerst schwer, zu entscheiden, was wirklich Radikalisierung und was tönende Phrase ist. Die Haltung der sozialdemokratischen Partei ist auch sonst sehr wenig homogen. Während die sozialdemokratische Polizeileitung in Zürich gegen Kommunisten beim Militärdepartement Maschinengewehre anfordert oder durch mit Stahlhelm und Karabiner bewehrten Polizeisoldaten das Stadthaus schützen lässt, protestiert in Basel dieselbe Partei — nachdem deren Leader erst gerufen hatte, für Verbrecher sei die Polizei da — dagegen, dass Polizisten einem Demonstrationsverbot mit dem Gummiknütel Nachachtung verschaffen. Der Protest wird allgemein, wenn in Genf die angeforderten Maschinengewehre losgehen. Aber was dann, wenn jene in Zürich damals gefickt hätten?

Das Bürgertum fordert durch seine Vertreter in der Bundesversammlung als Reaktion auf diese tumultuarischen Missachtungen des demokratischen Gedankens gesetzliche Mittel zur Erstückerung solcher Explosionen im Keime. Man will aber gleichzeitig auch den immer neuen Uebergriffen frönder Spitzel steuern und die Frage studiert wissen, wie man durch Schaffung einer eidgenössischen Sicherheitspolizei das Militär von dem ihm wesensfremden Ordnungsdienst befreien kann. So sind denn von beiden Räten erst letzte Woche imperative Motionen in diesem Sinne, an den Bundesrat gestellt worden, die selten grosse Zahlen von Unterzeichnern auf sich vereinigten. Und doch wird einem nicht recht wohl bei dieser einheitlichen Kundgebung. Der Bundesrat liess es ja schlichtern selbst durchblicken. Man

erinnert sich an des Reichswehrgenerals und deutschen Reichskanzlers Worte von den Bajonetten, auf denen sich schlecht sitzen lässt. Maschinengewehr Kugeln sind wohl treffende Argumente. Ob sie aber auch überzeugen? Mit ihnen lässt sich eine Demokratie niemals regieren, vor allem nicht gegen eine Partei, welche dem Stimmzettel nach die stärkste im Lande ist. Es scheint uns besser, von neuem wieder einmal die Frage zu prüfen, ob es nicht gut wäre, die Sozialdemokratie aus ihrer schlecht gespielten Rolle der vergewaltigten starken Minderheit hinauszumanövrieren. Man hats ihr ja jetzt deutlich "gegeben," bei der Immunitätsdebatte, bei der Besprechung der Genfer Ereignisse und bei der Satus-Subventionsverweigerung, pardon bedingten Verweigerung.

Uns scheint jetzt des grausamen Spiels genug! Auch die Sozialdemokratie soll mit verantwortlich gemacht werden für die Leitung der Geschehnisse unseres Landes durch Ueberlassung eines Sitzes in der obersten Landesbehörde bei einer gelegentlichen Vakanz. Bundesrat Schulthess hat die Front der Vernünftigen gefordert. Ihre Linie geht durch die Reihen aller historischen Parteien, auch durch die der linken. Hier wäre ein Absteckfeld für jene, die diese Front bilden wollen.

N.Z.

MARIE FORRER. †

Am 10 Januar verschied, sanft und still wie sie lebte, Frau Marie Forrer, Gattin des Herr Georg Forrer, Doyen unserer Colonie. Wir verlieren in ihr eine Frau, die nur Gutes tat und Liebe spendete, wohin sie kam. Sie stammte aus alten Zürcher Familien, von beiden Seiten ihrer Eltern, und wurde 1854 in Hettlingen, Ct. Zürich, als Tochter des Herrn Pfr. Köchlin-Hirzel geboren.

So verbrachte sie ihre Kindheit und Jugendzeit im Kreise des Pfarrhauses Hettlingen, mit 6 Geschwistern; besuchte dort die ersten Klassen der Schule, später die Schulen in dem benachbarten Winterthur, dann folgte noch eine Ausbildung im Welschland. Nach Hause zurückgekehrt, half sie ihrer geliebten Mutter, das Haus leiten, oder in Winterthur Kurse besuchend zur weiteren Ausbildung, Musik und Gesang Stunden nehmend oder den Verkehr mit ihren Jugend-Freundinnen rege aufrecht erhaltend. Im Jahre 1878 reichte sie Herrn Georg Forrer die Hand zum Bunde. Herr Forrer aus dem Steinhaus Winterthur stammend, war schon damals in London ansässig, und so folgte sie ihrem Gatten dahin. Es wurde ihr nicht leicht, sich nach dem idealen Leben im Pfarrhause, in London heimisch zu fühlen und anzupassen. Die praktische, nüchterne Seite des täglichen Lebens in London war ihr fremd. Aber als dann die Kinder kamen drei Söhne, nach und nach, und eine jüngere Schwester auch sich nach London verhehlte, und in ihre Nähe zu wohnen kam, da wurde alles anders; sie lernte London und England, wie die Engländer kennen und schätzen. Ihre Kinder erzog sie im Sinne und in Liebe der Heimat, obgleich sie englische Schulen besuchten. Das Verhältnis mit ihrer Schwester und Familie war ein inniges, und hielten beide regen Verkehr mit der Heimat.

Herr und Frau Forrer nahmen in ihrem gastlichen Hause manche junge Landsleute auf, und waren sie beide hochgeachtet und verehrt. Herr Forrer, jetzt ein bald 90 jähriger Greis, widmete sich bis ins hohe Alter dem Interesse unserer Colonie, und Frau Forrer tat dasselbe in engerem Rahmen, wie und wo sie konnte.

Für viele Jahre betätigte sie sich regelmässig an den Reunions de Couture bei Madame Aguet, und im Damen Comité von Swiss House war sie ein eifriges, tätiges und besorgtes Mitglied.

Daneben tat sie viel Gutes im Stillen, was ihr das Liebste war. Sie hatte sonst viele Interessen, in Musik, Litterature und allem Schönen. Nebst Ihren Söhnen schenkte sie auch den Kindern ihrer Schwester viel Liebe. Gegenseitig hielten die beiden Schwestern zusammen im Sinne ihrer Heimat, und gaben ihren Kindern das schönste was Eltern geben können. Als Freunde waren Herr und Frau Forrer auch hoch gehalten.

Der Gatte und seine Söhne werden den Verlust tief empfinden, und sprechen wir ihnen unser aufrichtiges Beileid aus beim Hinschiede der edlen Frau und getreuen Schweizerin.

H.ST.

Die Crenation findet heute Samstag 12 Uhr in Golders-Green statt.

Les Suisses résidant à l'étranger choisissent de préférence des titres de père de famille. L'éloignement où ils se trouvent les empêche de surveiller leurs titres de façon permanente et de prendre de rapides dispositions. Aussi la sûreté de leur patrimoine est-elle le premier de leurs soucis. Depuis 20 ans, notre Banque est agréée par le Conseil d'Etat du Canton de Zurich pour la conservation de biens de tutelle. Adressez-vous à nous quand vous aurez à faire des placements de tout repos;



C.A. 50.000.000
SIÈGE PRINCIPAL ZÜRICH • FONDÉE EN 1755